

Antrag 52.1/II/2022**Fassung der Antragskommission****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Schulbau und Sanierung bleibt unsere Priorität! (Ersetzungsantrag zu Anträgen 52-55/II/2022)**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die
2 SPD-Fraktion werden aufgefordert, sich weiterhin mit vol-
3 ler Kraft hinter die Schulbauoffensive zu stellen.
4
- 5 Bereits in den Verhandlungen zum Berliner Landeshaus-
6 halt wurde seitens Senatsverwaltung für Finanzen der
7 Versuch unternommen dringend nötige Investitionen in
8 den Schulbau hinauszuschieben. Dies konnte gerade noch
9 rechtzeitig durch einen breiten öffentlichen Widerstand
10 und den Druck der SPD-Fraktion verhindert werden. Doch
11 auch jetzt plant die Senatsverwaltung für Finanzen durch
12 die Hintertür erneut Investitionsmaßnahmen zu verschie-
13 ben. Dadurch wird das Volumen der Schulbauoffensive
14 faktisch gekürzt und diese entgegen aller Bedarfe hin-
15 ausgezögert. Dies verstärkt nicht nur den enormen Schul-
16 platzmangel in Berlin, sondern widerspricht auch sämtli-
17 chen Verlautbarungen des Senats nicht an Investitionen
18 zu sparen.
19
- 20 Für uns ist klar: auch in Krisenzeiten werden wir keine Kür-
21 zung oder Verschiebung der Schulbauoffensive vorneh-
22 men und mit allen Kräften gegen entsprechende Vor-
23 haben wenden. Hierbei ist der aktuelle Beschluss der SPD-
24 Fraktion, eine zweite Wohnungsbaugesellschaft für den
25 Schulbau zu verpflichten, ausdrücklich zu begrüßen. Nicht
26 nur die Planungskapazitäten der Berlinovo sondern auch
27 die dabei entstehenden, zusätzlichen finanziellen Spiel-
28 räume eröffnen uns die Möglichkeit schneller mehr Plät-
29 ze zu schaffen oder zu erhalten - ein Ziel das die abso-
30 lute Priorität dieser Legislatur bleiben muss. Bei der Um-
31 setzung ist Dringlichkeit geboten, eine Verzögerung durch
32 Wahlkampf würde nur auf Kosten der dringend benötig-
33 ten Schulplätze gehen. Daher sind schon im Verlauf des
34 Jahres 2022 erste Weichen zu stellen und die Abfrage der
35 Bezirke zu starten.
36
- 37 Bei der vertraglichen Ausgestaltung sind folgende Aspek-
38 te zwingend zu berücksichtigen:
- 39 • Der Berlinovo-Vertrag soll analog zur HOWOGE
40 nicht nur Neubau, sondern vor allem Großsanie-
41 rung abdecken, denn nur die schnelle Übernahme
42 von Großsanierungen wird dafür sorgen, dass der
43 Erhalt der bestehenden Schulplätze in den Mittel-
44 punkt rückt.
 - 45 • Des Weiteren soll mit der Berlinovo erstmalig die
46 Möglichkeit eröffnet werden, dass statt Neubau
47 temporäre Bauten errichtet werden, bspw. "fliegen-
48 de Klassenzimmer". Bisher wird diese Möglichkeit

49 vor allem vom Land selbst für Erweiterungsbauten
50 in Anspruch genommen. Aktuell steht die Zeit, die
51 ein Neubau benötigt, in Konflikt mit der Geschwin-
52 digkeit, mit der neue Plätze benötigt werden. Nicht
53 zu unterschätzen sind auch die finanziellen Aspek-
54 te, die für dasselbe Geld mehr Plätze ermöglichen.
55 Daher soll bei jedem neu zu beginnenden Projekt
56 auch die Abwägung vorgenommen werden, ob die
57 benötigten Schulplätze die Zeit haben, auf den Bau
58 einer neuen Compartmentschule zu warten, oder ob
59 nicht ein temporärer Bau schneller zum vergleichba-
60 ren Ziel führt.

- 61 • Die Verträge beider Gesellschaften sollen den
62 Tausch von Projekten ermöglichen und Übernahme
63 von Ausweichstandorten ermöglichen.
- 64 • Die Bezirke sollen für den Fall, dass ihre Maßnah-
65 men nicht von SenStadt, sondern von einer Bau-
66 gesellschaft übernommen werden, keine finanziel-
67 len Nachteile erleiden. Ihnen müssen alle Belas-
68 tungen aus dem Modell, die bei einer Bauausfüh-
69 rung in Eigenregie oder durch die Senatsverwaltung
70 für Stadtentwicklung und Wohnen nicht entstehen
71 würden (Finanzierung durch gezielte Zuweisungen
72 des Senats), ausgeglichen werden. Wir fordern da-
73 her, dass der Senat in Konkretisierung des Sidelet-
74 ters zum Rahmenvertrag mit der HOWOGE erklärt,
75 dass den Bezirken die an die HOWOGE zu leistenden
76 Mietzahlungen per Basiskorrektur und ohne Absen-
77 kung des Bezirksplafonds vollständig ausgeglichen
78 werden.

79
80 Auch wenn die Einbindung einer zweiten Wohnungsbau-
81 gesellschaft eine starke Entlastung für die Bezirke sein
82 wird und damit die zentrale Maßnahmen für die zusätz-
83 liche Beschleunigung der Schulbauoffensive, bleibt die In-
84 vestitionsplanung das zentrale Instrument für die Steue-
85 rung der unzähligen Sanierungsbedarfe dieser Stadt, die
86 auch in Zukunft in der bezirklichen Zuständigkeit bleiben
87 werden. Die SPD begrüßt, dass der Berliner Senat zugesagt
88 hat, dass – über die in der Investitionsplanung enthalte-
89 nen Schulbau- und Schulsanierungsmaßnahmen hinaus
90 – die Realisierung von Maßnahmen vorgezogen werden
91 kann.

92
93 Um der zukünftigen Ausgestaltung der Investitionspla-
94 nung erfolgreicher auszugestalten sind folgende Aspekte
95 zu berücksichtigen:

- 96 • Wir fordern mehr Transparenz bei der Erstellung von
97 I-Programm und überbezirklicher Dringlichkeitslis-
98 te. Hier müssen die Bezirke mehr Mitspracherecht
99 erhalten. Dazu sollen die Ausführungsvorschriften
100 zur Landeshaushaltsordnung so angepasst werden,
101 dass die fachliche zuständige Senatsverwaltung die

102 angewendeten Priorisierungskriterien den Bezirken
103 mitteilt, hierbei die von diesen gemeldeten Infor-
104 mationen über den baulichen Zustand (z.B. drohen-
105 der Verlust an Schulplätzen) berücksichtigt, sowie
106 den Bezirken vor Weiterleitung an die Senatsverwal-
107 tung für Finanzen die Möglichkeit zur Stellungnah-
108 me gibt.

- 109 • Die Aufnahme einer Baumaßnahme in die Investi-
110 tionsplanung ist laut der Ausführungsvorschriften
111 zur LHO Voraussetzung dafür, dass mit Planungen
112 begonnen werden kann. Gäbe es mehr Freiheit zum
113 Planen, könnten bei Verzögerungen stattdessen an-
114 dere Maßnahmen vorangetrieben werden. Daher
115 fordern wir die Streichung dieser Regelung in den
116 Ausführungsvorschriften zur LHO, um den Bezirken
117 die Freiheit einzuräumen, mehrere Maßnahmen in
118 der Planung voranzubringen und damit bei Verzöge-
119 rungen einzelner Maßnahmen schnell Alternativen
120 aufnehmen zu können.
- 121 • Die dringend notwendigen Schulsanierungsmaß-
122 nahmen in besonders betroffenen Bezirken sind mit
123 entsprechender Verbindlichkeit abzusichern, um die
124 baubedingte Schließung von Schulen abzuwenden
125 und den Wegfall dringend benötigter Schulplätze
126 nicht zu riskieren. Der Senat wird aufgefordert, diese
127 Maßnahmen in die Investitionsplanung aufzuneh-
128 men bzw. bei entsprechender Dringlichkeit außer-
129 planmäßige Mittel im Sinne einer Haushaltsüber-
130 schreitung gem. Art. 88 VvB zu genehmigen und
131 nicht, wie bisher, einen Tausch mit Maßnahmen, die
132 in der I-Planung sind, als zwingende Voraussetzung
133 für die Aufnahme der dringlichen Maßnahmen vor-
134 zusehen.
- 135 • Um das Finanzierungsbudget für Baumaßnahmen
136 in den nächsten Jahren zu erhöhen, sollen Haus-
137 haltsüberschüsse z.B. aus der vorläufigen Haus-
138 haltsführung in 2022 in ein Sondervermögen einge-
139 bracht werden.

140

141 Für ein effektives Arbeiten im Bereich Schulbau ist eine
142 konstruktive Zusammenarbeit der beteiligten Behörden
143 von großer Bedeutung. Die sozialdemokratischen Bezirks-
144 amtsmitglieder und Bezirksverordneten sollen sich daher
145 für die Etablierung von Abstimmungsformaten auf bezirk-
146 licher Ebene nach dem Vorbild der Taskforce Schulbau Mit-
147 te einsetzen. Diese sollen auch die Rückkopplung zur Task-
148 force Schulbau auf Landesebene ermöglichen.

149